

N i e d e r s c h r i f t

über die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Krefeld am Mittwoch,
16. Juni 2010, 17:00 Uhr im Rathaus, Sitzungssaal C 2

I. Öffentlicher Teil

Anwesend waren unter dem Vorsitz von Ratsfrau Oellers

die stimmberechtigten Mitglieder	Ratsherr Dr. Ruhland Bürger Grosche	CDU-Fraktion
	Ratsherr Dahm Bürger Frost Bürgermeister Meyer	SPD-Fraktion
	Bürgermeisterin Brinner	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
	Bürgermeisterin Pilat	FDP-Fraktion
	Bürger Janaschek	UWG/Freie Wähler
	Herr Diercks Herr Cakir Herr Schmidt	Vertreter der freien Jugendverbände
	Herr Zurhorst Herr Olgemann Herr Firneburg (bis 19:00 Uhr)	Vertreter der freien Wohlfahrtsverbände
die beratenden Mitglieder	Beigeordneter für den Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung Herr Schneider Leiter des Fachbereiches Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung Herr Ackermann Vertreter des Amtsgerichtes – Jugendgerichtes – Krefeld Herr Nomrowski Vertreter der Bundesagentur für Arbeit Herr Pilger (bis 18:45 Uhr) Vertreterin der Schulen Frau Koblenz-Lüschow Vertreter der Polizei Herr Beeser Vertreterin der evangelischen Kirche Frau Meinhard (als Vertreterin für Herrn Kamchen) Vertreter der katholischen Kirche Herr von der Heiden	

	Vertreter der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Krefeld Herr Jilge-Schlie In der Mädchenarbeit erfahrene sachkundige Frau Frau Schomacher Vertreter der ARGE Herr Weuthen
Gäste von der Verwaltung	Vertreter des Presseamtes Herr Senger Vertreter des Fachbereiches Gesundheit Frau Drees Frau Paas Herr Wirtz Vertreterin des Fachbereiches Grünflächen Frau Brönner Vertreterin des Fachbereiches Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung Frau Stangenberg
Sonstige Gäste	Vertreterin des Landesverbandes Kindertagespflege NRW Frau Losch-Engler Vertreter des Büros für Landschaftsarchitektur Davids, Terfrüchte und Partner Herr Terfrüchte
Schriftführer	Herr Rossa

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21. April 2010
2. Eingänge und Mitteilungen
3. Erfahrungsbericht Kindertagespflege Vortrag von Vertretern des Bundesverbandes der Tagespflegepersonen sowie der Leiterin des Berufskollegs Vera Beckers
4. Fortschreibung des Ausbaus der Kindertagespflege: Implementierung des DJI-Curriculums (Lehrplan des Deutschen Jugendinstituts e.V.) für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen;
Anpassung der Erstattung von Qualifizierungskosten für Tagespflegepersonen; 0929/10 0087/10
5. Kommissionsbericht „Starke Familien – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise“ der Robert Bosch Stiftung
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld vom 21. Juli 2009 0781/10
6. Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Krefeld 2010 – 2014 0719/10/1
7. Mitmach-Bauernhof für Kinder „Mallewupp e. V.“
- Antrag auf unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe 0905/10
8. Rauschgiftkriminalität und Drogentote 2009 in Deutschland 0893/10
9. Anfragen
10. Stadtumbau West „Schulhofumgestaltung Josefschule mit angrenzendem Spielbereich Corneliusstraße“ 0930/10

Um 17:00 Uhr eröffnet Ratsfrau Oellers die Sitzung. Sie stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt ist und begrüßt die Vertreter der Presse. Sie weist darauf hin, dass das stellvertretende Mitglied des Jugendhilfeausschusses für die katholische Kirche, Herr Pfarrer Weigel, am 23. Mai 2010 verstorben ist und bittet die Anwesenden um eine Gedenkminute.

Sie schlägt vor, den bisherigen TOP 10 – Stadtumbau West „Schulhofumgestaltung Josefsschule mit angrenzendem Spielbereich Corneliusstraße“ vorzuziehen, da die Vorlage auch noch am gleichen Tage im Ausschuss für Stadtplanung und Stadtsanierung vorgestellt werden müsse.

Ferner verweist sie auf Anträge der Fraktion Bündnis 90/die Grünen und der SPD-Fraktion zum Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan, die unter diesem TOP beraten werden sollen.

Nachdem sich alle Ausschussmitglieder von ihren Sitzen erhoben haben, wird von Vorsitzender Oellers die nach § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009, vorgeschriebene Verpflichtung der anwesenden Ausschussmitglieder/Stellvertreter Frau Katrin Meinhard und Frau Hedwig Schomacher mit folgendem Wortlaut vorgenommen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

TOP 1 - Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21. April 2010

Beschluss:

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 2 - Mitteilungen und Eingänge

Vorsitzende Oellers berichtet von der Eröffnung der Kindertageseinrichtung Krokobär, die vom Deutschen Ring zur Reinarzstraße umgezogen ist sowie von der Einweihung des Anbaus des Montessori-Kinderhauses St. Hubertus. Sie verweist auf den Jahresbericht 2009 der katholischen Beratungsstelle für Lebens-, Ehe- und Erziehungsfragen, der bei Bedarf bei ihr einzusehen sei sowie auf ein Schreiben des Leiters des Gymnasiums am Stadtpark hinsichtlich der dort festgestellten Ausschreitungen zu Karneval. Dieses Schreiben, das auch dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Verkehr zugeleitet worden sei, werde der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beigeordneter Schneider berichtet, dass

1. der Beschluss der Vorlage „Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Kindertagespflege - Stufenplan II“ Nr. 0709/10 nach Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 21. April 2010 wie folgt geändert worden sei:

Die Passage „Errichtung von drei neuen Kitas in den stark unterversorgten Wohnbereichen Bockum/Verberg, Westbezirk und Fischeln-Süd (insg. maximal 18 Gruppen)“

sei in „Errichtung von drei neuen Kitas in stark unterversorgten Wohnbereichen (insg. maximal 18 Gruppen)“

geändert worden.

Es sei folgender Text ergänzt worden:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Krefeld, den freien und konfessionellen Trägern die erforderlichen Investitionen zur Durchführung und ggf. Erweiterung einer U-3 Betreuung in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen. Hierfür sollten in den Jahren 2011, 2012 und 2013 die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Dieser Text sei nach Beschluss des Finanz- und Beteiligungsausschusses vom 02. Juni 2010 wie folgt geändert worden:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Krefeld, den freien und konfessionellen Trägern die erforderlichen Investitionen zur Durchführung und ggf. Erweiterung einer U-3-Betreuung in Kitas zu ermöglichen. Hierfür sollten in den Jahren 2011, 2012 und 2013 Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden.“

2. im Rahmen einer Besprechung im Geschäftsbereich Planung, Bau und Umwelt am 30. April 2010 die Vertreter der Hochschule Niederrhein erklärt hätten, dass sie derzeit nicht beabsichtigten, auf dem Campus der Hochschule in Krefeld eine Kindertageseinrichtung zu errichten. Vorrangig sei der Ausbau der Unterrichtsräume, da in einigen Jahren 2 Abiturjahrgänge gleichzeitig verkraftet werden müssten. Die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule würde Gespräche mit Trägern von Kitas im Umfeld der Hochschule führen, auch eine Kooperation mit Helios sei denkbar.

Den Vertretern der Hochschule Niederrhein sei erläutert worden, dass der Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung grundsätzlich die Einrichtung einer Hochschul-Kita begrüßen würde. Diese Maßnahme müsste aber in die Ausbauplanung (Stufenplan IIa + b) eingebunden werden. Deshalb seien frühzeitige Absprachen - möglichst 3 Jahre vor Inbetriebnahme - erforderlich.

3. die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld mit Schreiben vom 28. April 2010 beantragt habe, das Thema „Prüfauftrag 24-Stunden-Kindergarten“ zu beraten.

Als Beratungsgrundlage werde ein Bericht der Stadtverwaltung Krefeld erbeten, in dem auf die Durchführbarkeit und den Bedarf eingegangen werden soll sowie ggf. bestehende Bedenken aus pädagogischer Sicht gegen eine 24-Stunden-Betreuung angeführt werden sollen.

Die Verwaltung werde eine Vorlage für eine der kommenden JHA-Sitzungen erarbeiten.

4. auf Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Verkehr der Bericht der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW behandelt worden sei. Nach Auffassung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Verkehr solle der Bericht jedoch zuständigkeithalber im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Der Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung werde daher für eine der kommenden Sitzungen des Jugendhilfeausschusses eine Vorlage erarbeiten.

5. eine neue Broschüre „Was geht?“ mit Freizeit- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien erstellt worden sei.

Die Sommerferien für Kinder interessant und abwechslungsreich zu gestalten sei nicht immer einfach. Vielen Eltern sei der Spagat von Beruf und Familie bekannt, vor allem, wenn auch erwerbstätige Mütter und Väter nur 6 Wochen Urlaub pro Jahr haben, selbstständige Eltern, Wiedereinsteigerinnen, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, Pflegende, sowieso viel um die Ohren und zu organisieren hätten.

Das Kinder- und Familienbüro habe mit der neuen Broschüre „was geht?“ einen Ferienplaner für die Sommerferien 2010 herausgebracht. Er richte sich gleichzeitig an Jugendliche bis 18 Jahre, die in den Ferien etwas in Krefeld unternehmen wollen aber auch an Eltern, die die lange Ferienzeit für ihre Kinder abwechslungsreich gestalten möchten oder ein Betreuungsangebot für ihren Nachwuchs suchen.

„was geht?“ sei erhältlich im Kinder- und Familienbüro und liege in allen öffentlichen Einrichtungen aus.

6. in der vergangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses (ebenfalls unter Eingänge und Mitteilungen) darüber informiert worden sei, dass die Verwaltung mit den Vereinen "Alevitisches Kulturzentrum" sowie "Integral Bildungsforum" Ende April nähere Absprachen hinsichtlich des Prozederes für eine Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe getroffen habe. Dabei sei auch ein Termin für die Abgabe der erforderlichen Unterlagen avisiert worden (Mitte Mai), um die jeweiligen Anträge noch in die Juni-Sitzung des Jugendhilfeausschusses einbringen zu können. Ausgangspunkt seien hierbei die vom Jugendhilfeausschuss am 21. April beschlossenen "Grundsätze und Richtlinien der Stadt Krefeld für die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe" gewesen.

Bislang lägen der Verwaltung allerdings noch nicht alle Unterlagen der beiden Vereine vor. Insofern werde die Verwaltung zu gegebener Zeit auf die Angelegenheit zurückkommen.

Vorsitzende Oellers berichtet von einer Benefiz-Veranstaltung in der Musikschule Krefeld im Rahmen des Projektes „Elementare musische Erziehung“ (EMU).

TOP 3 - Erfahrungsbericht Kindertagespflege Vortrag von Vertretern des Bundesverbandes der Tagespflegepersonen sowie der Leiterin des Berufskollegs Vera Beckers

Vorsitzende Oellers begrüßt hierzu Frau Losch-Engler, Vertreterin des Landesverbandes Kindertagespflege NRW und Frau Schomacher, Leiterein des Berufskollegs Vera Beckers.

Frau Losch-Engler führt aus, dass das Curriculum der Tagespflegeausbildung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) mittlerweile wissenschaftlich evaluiert worden sei. Auch im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des Sozialgesetzbuches (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe sei eine Empfehlung enthalten, die Tagespflegepersonen entsprechend diesem Curriculum auszubilden. Sie erläutert die Funktion des Landesverbandes Kindertagespflege NRW, in dem 28 freie Träger zusammengeschlossen seien. Sie begrüßt, dass im Rahmen des Curriculums 160 Unterrichtsstunden vorgesehen seien. Ferner berichtet sie von einem Projekt im Neanderthal, das darauf abziele, im Rahmen einer Ausbildung an einem Berufskolleg die Kindertagespflegeausbildung zu integrieren. Die Auszubildenden in der Altersgruppe zwischen 18 und 22 Jahren würden während der Ausbildung engmaschig betreut, dies sei auch bei anderen Formen der Ausbildung zur Tagespflegeperson wichtig.

Frau Schomacher führt aus, dass im Rahmen einer neuen Konzeption der Kinderpflegeausbildung im Umfang von ca. 2.800 Unterrichtsstunden das DFJI-Curriculum eingebaut worden sei. Dieses Konzept liege derzeit noch zur Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf vor, daher könne es noch nicht veröffentlicht werden. Sie weist darauf hin, dass die Absolventen/innen dieses Bildungsganges zumeist im Alter zwischen 17 bis 20 Jahren nach Abschluss der Ausbildung nicht über die häuslichen Rahmenbedingungen verfügten, um als Kindertagespflegepersonen tätig werden zu können. Die früher üblichen Stellen als Kindertagespflegeperson in gutbürgerlichen Haushalten seien nicht mehr vorhanden.

Die Berufskollegs könnten auch Qualifizierungsmöglichkeiten für lebenserfahrene Menschen in den Bereichen Kinderpflege oder Erzieher/in anbieten. Dieser Zielgruppe sei es aber häufig nicht möglich, eine schulische Ausbildung in Vollzeitform über einen längeren Zeitraum durchzuführen, daher sei dies lediglich eine Option für bestimmte Personen. Abschließend weist sie auf die Möglichkeit der „Externenprüfung“ hin. Als Voraussetzungen müssten hierfür der Hauptschulabschluss sowie eine einschlägige Berufserfahrung nachgewiesen werden, wobei das Berufskolleg Vera Beckers jeden Einzelfall prüfe. Ferner würden die Auszubildenden, die sich für eine „Externenprüfung“ entschieden hätten, vom Berufskolleg Vera Beckers begleitet und unterstützt.

Fachbereichsleiter Ackermann ergänzt, dass der Auftrag des Jugendhilfeausschusses, die Tagespflegeausbildung so zu strukturieren, dass eine weitere Ausbildung möglich ist, erfüllt worden sei und dankt Frau Losch-Engler für ihre Bereitschaft, kurzfristig für den verhinderten Herrn Zühlke, Geschäftsführer des Bundesverbandes für Kindertagespflege e. V., zu der Thematik vorzutragen.

Ratsherr Dr. Ruhland erklärt, der erste Qualifizierungsentwurf für die Kindertagespflege habe sich an die Übungsleiterausbildung angelehnt, der zweite Entwurf richte sich nach der Ausbildung der Kinderpflege. Grundsätzlich sei der Bereich offen für weitere Qualifizierungen. Mit dem angesprochenen Curriculum sei die Grundlage für einen geschlossenen Bildungsgang als Voraussetzung für ein Bildungssystem geschaffen worden. Nach den Ausführungen von Frau Schomacher sei diese Ausbildung modularisierbar. Es sei wichtig, auch erfahrene Personen fortzubilden, um dem steigenden Bedarf an Erziehern/innen begegnen zu können.

**TOP 4 - Fortschreibung des Ausbaus der Kindertagespflege:
Implementierung des DJI-Curriculums (Lehrplan des Deutschen Jugendinsti-
tuts e. V.) für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen;
Anpassung der Erstattung von Qualifizierungskosten für Tagespflegeperso-
nen;**

Vorlage Nr.: 0929/10, Anlage 0087/10

Ratsherr Dr. Ruhland bittet um Erläuterung, ob die Anpassung der laufenden Geldleistung für Tagespflegepersonen von dem Tarifkonzept abgeleitet sei.

Fachbereichsleiter Ackermann führt hierzu aus, dass die Anpassung der Vergütung der Tagespflegepersonen im Spannungsfeld zwischen der Vergütung der Kinderpfleger/innen und der Leistung an Pflegefamilien entwickelt worden sei. Es werde vorgeschlagen, die nunmehr zusätzliche Qualifizierung im Umfang von 80 Unterrichtsstunden auch zusätzlich modular zu vergüten, hierbei bewege sich der Vorschlag für die Staffelung auf dem Niveau der umliegenden Kommunen. Die Werte seien von den unteren Stufen abgeleitet und in Stufen moderat angepasst worden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Krefeld, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt

1. Die Implementierung des DJI-Curriculums „Fortbildung von Tagespflegepersonen“ für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen rückwirkend zum 01.01.2010;

2. Die Anpassung der Erstattung von Qualifizierungskosten (Teilnehmergebühren) für Tagespflegepersonen rückwirkend zum 01.01.2010;

3. Die Anpassung der laufenden Geldleistung für Tagespflegepersonen gemäß Anlage Nr. 0087/10 der Vorlage des Oberbürgermeisters der Stadt Krefeld rückwirkend zum 01.08.2010.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 10 - Stadtumbau West „Schulhofumgestaltung Josefschule mit angrenzendem Spielbereich Corneliusstraße“

Vorlage Nr.: 0930/10

Vorsitzende Oellers begrüßt hierzu Frau Brönner vom Fachbereich Grünflächen und Herrn Terfröchte von der Firma Davids, Terfröchte und Partner.

Frau Brönner erläutert die Rahmenbedingungen der Umgestaltung, für die insgesamt 267.000 EUR bereitgestellt worden seien. Die Bezirksvertretung West habe bereits dem Vorentwurf zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Planungen fortzuführen. Die Realisierung der Umgestaltung sei für 2011 geplant.

Herr Terfröchte stellt die Planung sowie die bisher erfolgte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung vor. Ziel der Umgestaltung sei eine Öffnung des Schulhofes der Josefschule, um eine Verbindung zur Corneliusstraße herstellen zu können. Da der Schulhof auch außerhalb der Unterrichtszeiten geöffnet werde, würden dort Möglichkeiten für Ballspiele, ein separater Basketballbereich sowie ein Niedrigseilgarten geschaffen. Die Planung sei mit der Schulleitung, der Elternpflegschaft sowie dem Förderverein der Schule abgestimmt. Zentrales Element der Planung sei eine auch optisch erkennbare Verbindung zwischen Straße und Schulhof. Die vorhandene Situation sei auf Grund der Überlagerung verschiedener Nutzungen problematisch. Die Planung sehe vor, Spielbereiche sowie eine Bühne zu schaffen, wobei das vorhandene Mobiliar weitgehend weiterhin genutzt werden solle. Vor den Fassaden der Wohnhäuser solle als Abschirmung eine paraventartige Bepflanzung erfolgen, die die Wohnhäuser optisch gegenüber den Freiflächen abschirme. Es seien kleinere Spielpunkte mit geringeren Anforderungen an den Schallschutz vorgesehen. Geplant sei ein Raster von Bodenhülsen, die multifunktional für sportliche Aktivitäten oder Veranstaltungen genutzt werden könnten sowie ein funktionales Beleuchtungskonzept, das die vorhandenen Leuchten berücksichtige.

Bürger Janaschek fragt nach, ob von dem Basketballfeld nicht zu starke Geräuschbelästigungen ausgehen.

Herr Terfröchte führt hierzu aus, dass seitens der Schulleitung Soft-Basketbälle zur Verfügung gestellt würden. Die Geräuschbelästigung hierdurch sei geringer als die durch den vorhandenen Straßenlärm.

Ratsherr Dr. Ruhland lobt die erstaunliche Entwicklung der Planung. Die Bürgerinitiative Rund um St. Josef habe zur Planung die betroffenen Kinder- und Jugendlichen befragt. Die geäußerten Anregungen und Ideen seien in die Planung eingeflossen. Er äußert sich erfreut darüber, dass die Schulleitung den Schulhof auch außerhalb der Unterrichtszeiten öffne und das Spiel mit Soft-Bällen ermögliche. Die Entwicklung des Quartiers sei vor Jahren durch Initiativen der Bürgerinitiative Rund um St. Josef sowie der Nachbarschaft eingeleitet worden.

Vorsitzende Oellers verweist anlässlich einer Wortmeldung aus dem Zuschauerbereich auf die Beratung in der Bezirksvertretung West am 23. Juni 2010, in der ab 18:00 Uhr auch eine Einwohnerfragestunde vorgesehen sei und bedankt sich bei den Vortragenden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorgestellten Entwurf zum Spielbereich Corneliusstr. zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**TOP 5 - Kommissionsbericht „Starke Familien – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise“ der Robert Bosch Stiftung
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld vom 21. Juli 2009 Krefeld“**

Vorlage Nr.: 0781/10

Ratsherr Dr. Ruhland dankt der Verwaltung für die ausführliche Analyse des Kommissionsberichtes.

Vorsitzende Oellers ruft die Vertreter aller Fraktionen auf, sich an dem Demografie-Workshop zu beteiligen.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 6 - Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Krefeld 2010 – 2014

Vorlage Nr.: 0719/10/1

Vorsitzende Oellers verweist auf die zu dieser Thematik durchgeführten Workshops sowie die Stellungnahmen der kirchlichen Träger, die der Vorlage beigelegt seien. Die Beratung und Abstimmung über die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD-Fraktion zu dieser Vorlage sollte an Hand der einzelnen Punkte erfolgen.

Bürgermeisterin Brinner erklärt, sie könne sich mit fast allen Seiten der Vorlage einverstanden erklären, diese sei eine gute Diskussionsgrundlage. Sie dankt der Verwaltung für die Versendung ihres Antrages.

Bürgermeister Meyer bedankt sich bei der Verwaltung für die durchgeführten Workshops und den gut vorbereiteten Kinder- und Jugendförderplan sowie den Vertretern der freien Träger für die intensive Beteiligung an dem Diskussionsprozess. Es handle sich bei der vorgestellten Planung um eine gute Grundlage für die nächsten fünf Jahre, es seien aber noch Ergänzungen einzuarbeiten.

Ratsherr Dr. Ruhland bedankt sich ebenfalls für die gute Vorbereitung und verweist auf die Bedeutung der systemischen Bildung und des nonformalen Lernens. Hierbei handle es sich um eine Strategie für die Jugend, die bereits in das novellierte Sozialgesetzbuch (SGB) Aches Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe Eingang gefunden habe und der europäischen Sozialagenda entspreche. Die Elemente der sozialen Dienstleistungen seien noch nicht hinreichend vorhanden, die Methoden der Ertragsmessung seien noch zu ergänzen um auch die Integrationsfähigkeit messbar zu machen. Wichtig sei es, die Indikatoren zwischen den beteiligten Bereichen Fachbereich Schule, Pädagogischer und Psychologischer Dienst, Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung sowie dem Integrationsausschuss abzustimmen und zu systematisieren, um auch in Hinblick auf die Akquise von Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds einen konsistenten Zusammenhang herzustellen.

Vorsitzende Oellers weist auf die Schwerpunkte und Prioritäten des Jugendförderplanes hin, die auf Seite 3 der Begründung der Vorlage sowie Seite 40 des Entwurfes dargestellt seien. Sie schlägt vor, die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion zum Punkt 2.5.5 – Partizipation – zusammenzufassen. Demnach werde beantragt, die Betreuung des Jugendbeirates durch den Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung vorzunehmen und hierfür die Einrichtung einer halben Stelle anzustreben.

Beigeordneter Schneider erinnert an die seinerzeit lebhaft geführte Diskussion über die Anbindung des Jugendbeirates. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei deutlich gemacht worden, dass eine Betreuung durch den Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförde-

rung ohne weitere Ressourcen nicht möglich sei. Daher halte auch er die Verbindung beider Anträge für zweckmäßig.

Herr Schmidt erklärt, der Krefelder Jugendring (KJR) befürworte diesen Antrag, beantragt aber ergänzend, dass auch der KJR seitens des Fachbereiches Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung unterstützt werden solle. Der KJR habe sich neu konstituiert. Zur Absicherung der Arbeit sei eine entsprechende Unterstützung notwendig.

Beigeordneter Schneider bittet Herrn Schmidt, seinen Antrag zu konkretisieren, da der Umfang des Antrages hinsichtlich des Jugendbeirates klar einschätzbar sei. Grundsätzlich sei die Übernahme einer Geschäftsstelle für den KJR nicht leistbar. Möglich sei aber eine Unterstützung mit Rat und Tat.

Herr Schmidt führt aus, dass die Berücksichtigung der Unterstützung des KJR im Rahmen der Beschreibung der beantragten halben Stelle wichtig sei. Es gebe Schnittmengen zwischen dem Jugendbeirat und dem KJR, aus denen sich Synergieeffekte ergeben könnten.

Bürgermeisterin Pilat bittet zunächst um Erläuterung der inhaltlichen Ausrichtung und Zielsetzung des KJR, bevor über eine Unterstützung beraten werde.

Herr Schmidt erläutert hierzu, dass der KJR der Dachverband der Krefelder Jugendverbände sei und die jugendpolitische Arbeit koordiniere. Als inhaltliche Schwerpunkte nennt er Jugendarbeitslosigkeit, die Jugendleiter-Card und den Mittagstisch für Krefelder Schulen. Ziel sei es, die Interessen zu bündeln und einen inhaltlichen Austausch zu gewährleisten.

Fachbereichsleiter Ackermann erklärt, die Diskussion um die Anbindung des Jugendbeirates sei bereits mehrfach geführt worden. Der KJR sei die Vertretung der Jugendverbände in Krefeld. Mit den Jugendverbänden sei bereits besprochen worden, welche Unterstützung angeboten werden könne. Es handele sich hierbei aber um eine deutliche Unterscheidung zu der Unterstützung einzelner Jugendlicher des Jugendbeirates. Mit der Unterstützung des KJR habe er erhebliche ordnungspolitische Probleme, da dieser die Interessen der Jugendverbände auch gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe vertrete.

Ratsherr Dr. Ruhland ergänzt, dass Partizipation eine Schlüsselqualifikation sei. Er teile die ordnungspolitischen Bedenken, da die beantragte Unterstützung des KJR die Aufgabe des Selbstverständnisses der Jugendverbände bedeute, zumal die Verbandsarbeit selbständig geleistet werden müsse. Daher solle der Antrag des KJR nicht berücksichtigt werden. Hinsichtlich des Jugendbeirates sei die Integration von Organisation, Betreuung sowie der nonformalen Bildung wichtig.

Bürgermeisterin Brinner unterstützt den Antrag des KJR grundsätzlich, stimmt aber Bürgermeisterin Pilat zu hinsichtlich der inhaltlichen Arbeit des KJR.

Bürgermeister Meyer ergänzt, dass anlässlich des Workshops Einigkeit dahingehend bestanden habe, den Zusammenschluss der Jugendverbände in Krefeld zu unterstützen. Er begrüße ausdrücklich, dass sich der KJR neu konstituiert habe. In der Vergangenheit habe es eine Unterstützung des KJR durch die Verwaltung gegeben, diese sei auch jetzt notwendig. Grundsätzlich sei die Arbeit des KJR unterstützenswert.

Vorsitzende Oellers begrüßt ebenfalls die Neubildung des KJR.

Fachbereichsleiter Ackermann weist darauf hin, dass in der Vergangenheit eine Sachkostenförderung des KJR erfolgt sei. Diese sei seitens des Jugendhilfeausschusses zu Gunsten einer veranstaltungsbezogenen Förderung aufgegeben worden.

Herr Schmidt erklärt, es gehe ihm nicht um die Einrichtung einer Geschäftsstelle des KJR bei der Verwaltung und schließt sich den Beiträgen von Bürgermeisterin Brinner und Bürgermeister Meyer an. Er zieht seinen Antrag zurück und bietet an, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses die Arbeit des KJR vorzustellen. Er beantragt die Aufnahme einer Strukturförderung für eine eigene Geschäftsstelle des KJR.

Ratsherr Dr. Ruhland begrüßt die Bereitschaft des Herrn Schmidt, die Arbeit des KJR vorzustellen.

Vorsitzende Oellers bittet um Abstimmung über den kombinierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Antrag zu 2.5.5 – Partizipation:

Es wird angestrebt, die Betreuung des Jugendbeirates durch den Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung vorzunehmen und für die fachliche Begleitung und Unterstützung des Jugendbeirates eine halbe Stelle einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bürgermeisterin Brinner erläutert den Antrag ihrer Fraktion zu Punkt 2.5.7 – Jugendkunstschulen. Zahlreiche Vertreter aus Politik und Gesellschaft hätten sich überaus lobend über die Arbeit der Jugendkunstschulen geäußert. Die textlichen Ausführungen ihrer Fraktion zu den Jugendkunstschulen sollten in den Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan aufgenommen werden.

Fachbereichsleiter Ackermann verweist auf die bereits geführten Diskussionen im Zusammenhang mit den Jugendkunstschulen. Die Anerkennung der Arbeit der Jugendkunstschulen stehe außer Frage, daher seien diese auch im Rahmen des letzten Kommunalen Jugendförderplanes 2005 – 2009 eingegliedert worden. Er schlägt vor, den Passus mit kleinen Änderungen antragsgemäß zu übernehmen. So solle korrigiert werden, dass Jugendkunstschulen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (nicht: Jugendkulturarbeit) seien, ferner solle der Satz „Hierfür müssen die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden“ entfallen.

Ratsherr Dr. Ruhland hält dies für einen guten Vorschlag und weist darauf hin, dass Doppelfinanzierungen vermieden werden müssten. Zu klären sei auch die Frage, wie die Ertragssituation der Jugendkunstschulen in Bezug auf die Gesellschaft zu bewerten sei.

Bürgermeister Meyer weist darauf hin, dass die Jugendkunstschulen aus Landesmitteln und städtischen Mitteln finanziert würden. Es sei wichtig, die Bedingungen für eine Projektförderung zu definieren, damit institutionelle und Projektförderung nicht vermischt werden könnten. Er bewertet den Vorschlag von Fachbereichsleiter Ackermann als brauchbar.

Beigeordneter Schneider rät dazu die Diskussion über die Thematik der Doppelförderung zu beenden. Die Träger der Jugendkunstschulen in Krefeld, das Werkhaus e. V. sowie die Bürgerinitiative Rund um St. Josef e. V. würden aus Mitteln des Kulturretats, des Fachbe-

reiches Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung sowie zum Teil aus Landesmitteln im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes gefördert.

Vorsitzende Oellers bittet um Abstimmung über den von Fachbereichsleiter Ackermann unterbreiteten Vorschlag hinsichtlich des Antrages der Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Beschluss:

Antrag zu 2.5.7 – Jugendkunstschulen:

Jugendkunstschulen sind Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die mit ihrem kulturellen Angebotsprofil einen eigenständigen Beitrag im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit leisten.

In Krefeld bestehen Jugendkunstschulen bei folgenden Trägern:

Werkhaus e. V.

Bürgerinitiative Rund um St. Josef.

Mit ihren kulturellen Kurs- und Projektangeboten haben beide Jugendkunstschulen insbesondere eine über den Sozialraum hinausgehende gesamtstädtische Bedeutung. Eine Stärkung auch der sozialräumlichen Bedeutung der Jugendkunstschulen wird angestrebt. Da beide Träger an ihrem jeweiligen Standort auch Träger jeweils einer Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind, soll darüber hinaus geprüft werden, unter welchen förderrechtlichen Voraussetzungen eine verstärkte Kooperation beider Angebotsformen sinnvoll und möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei einer Enthaltung

Bürgermeisterin Brinner zieht die Anträge ihrer Fraktion bezüglich einer Formulierung des Punktes 2.6.4 – Offene Kinder- und Jugendarbeit, Einrichtungsbezogene Einschätzung, Handlungsbedarf aus fachlicher Sicht – sowie zu Punkt 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 - 2014 zurück.

Fachbereichsleiter Ackermann sichert zu, die Formulierungen unter Berücksichtigung der vorangegangenen Beschlüsse redaktionell anzupassen.

Bürgermeister Meyer erläutert den Antrag seiner Fraktion zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 – 2014 und erklärt, dass die Thematik konkretisiert werden müsse. Die seinerzeit in den durchgeführten Workshops aufgetretenen Kontroversen seien im Kinder- und Jugendförderplan nicht erkennbar. Insgesamt handele es sich im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit um die Darstellung und Fortschreibung der strukturellen Handlungsbedarfe. Für die nächsten fünf Jahre sei eine strukturelle Perspektive notwendig und insofern eine alleinige Projektförderung nicht ausreichend.

Ratsherr Dr. Ruhland erklärt, er habe mit dieser Sichtweise methodische Probleme hinsichtlich der Arbeit der Integrationspolitik. Wenn seitens des Jugendhilfeausschusses Bereiche des Stadtgebietes definiert würden, in denen Nachholbedarf hinsichtlich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bestünden, würden hierdurch diese Bereiche zu Problemgebieten erklärt. Im Sinne einer aktivierenden Sozialpolitik sollten die Indikatoren so ausgestattet werden, dass die Erträge zielgerichtet eingesetzt werden könnten. Bürgermeister Meyer rät dazu, auf zukünftige Bedarfe strukturell zu reagieren und ergänzt die Formulierung seines Antrages wie folgt:

„Strukturelle Stärkung der Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit. Eine gegebenenfalls vorzunehmende Priorisierung der Auswahl von Einrichtungen erfolgt nach vom Jugendhilfeausschuss festzulegenden Kriterien.“

Vorsitzende Oellers weist darauf hin, dass die vorgesehene Projektförderung neben der institutionellen Förderung erfolgen solle.

Bürgermeister Meyer entgegnet, dass mit einer Projektförderung keine Personalkosten dauerhaft strukturell gefördert werden könnten.

Bürgermeisterin Pilat bekräftigt, dass die Möglichkeit bestehen solle, zukünftig flexibel auf etwaige Bedarfe reagieren zu können.

Ratsherr Dr. Ruhland erklärt, dies stelle eine Durchbrechung der Idee der Projektförderung dar. Ziel sei es, im Rahmen einer Projektförderung zukünftige Bedarfe zu ermitteln.

Bürgermeisterin Brinner verweist darauf, dass bereits im Workshop dieser Punkt nicht einvernehmlich abgestimmt worden sei, sie befürwortet eine Ausweitung der strukturellen Förderung.

Bürgermeister Meyer erklärt, sein Vorschlag beschreibe einen neuen Weg, da neben der neu vorgesehenen Projektförderung die bestehende Förderstruktur angepasst werden solle. Die Struktur der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Krefeld entspreche dem Stand vor 20 Jahren, die Bedarfe würden von der Verwaltung bestimmt. Hier gelte es, die Strukturen weiterzuentwickeln.

Beigeordneter Schneider bittet Bürgermeister Meyer, seinen Antrag zu konkretisieren hinsichtlich eines zusätzlichen Punktes in der Auflistung der Schwerpunkte.

Herr von der Heiden unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion.

Beschluss:

Antrag zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 - 2014:

Ergänzung des Punktes 7:

Strukturelle Stärkung der Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit. Eine gegebenenfalls vorzunehmende Priorisierung der Auswahl von Einrichtungen erfolgt nach vom Jugendhilfeausschuss festzulegenden Kriterien.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei drei Gegenstimmen

Bürgermeister Meyer erläutert den Antrag seiner Fraktion zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 – 2014, bisheriger Punkt 9, da dieser nicht angemessen formuliert sei. Das Ziel solle hier die Gerechtigkeit der Förderstruktur sein. Hierfür sollten sie Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklung überprüft werden.

Ratsherr Dr. Ruhland erklärt, dass die derzeitige Förderstruktur von den betroffenen Trägern seinerzeit so gewollt gewesen sei. Es sei mit den evangelischen Trägern ein Stufenplan vereinbart worden, der einzuhalten sei.

Bürgermeisterin Pilat stimmt der Formulierung, die lediglich einen Prüfauftrag enthalte, zu.

Frau Meinhard stellt sich als Vertreterin der evangelischen Kirche vor und führt aus, dass eine stufenweise Anpassung der Förderung der betroffenen evangelischen Einrichtungen dringend notwendig sei, da die Mittel der Kirche um ca. 20 % rückläufig seien.

Beschluss:

Antrag zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 - 2014:

Änderung des Punktes 9:

Die Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungsträgern, die derzeit deutlich geringere Förderungen erhalten, werden mit dem Ziel einer Anpassung an den Standard der sonstigen Leistungsvereinbarungen anderer Einrichtungen überprüft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den fachlich-inhaltlichen Ausführungen der Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung der beschlossenen, nachfolgend aufgeführten Änderungen zu. Damit verbundene Kosten und deren Finanzierbarkeit aus dem städtischen Haushalt werden jeweils erst zum konkreten Entscheidungszeitpunkt bewertet. Alle finanziellen Auswirkungen bedürfen noch der Erörterungen im Rahmen der Etatberatungen im Rat der Stadt Krefeld und stehen unter dem Vorbehalt der jährlichen Mittelbereitstellung durch den Rat der Stadt Krefeld sowie gegebenenfalls auch unter dem Vorbehalt möglicher Auflagen seitens der Kommunalaufsicht des Landes NRW.

Antrag zu 2.5.5 – Partizipation:

Es wird angestrebt, die Betreuung des Jugendbeirates durch den Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung vorzunehmen und für die fachliche Begleitung und Unterstützung des Jugendbeirates eine halbe Stelle einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Antrag zu 2.5.7 – Jugendkunstschulen:

Jugendkunstschulen sind Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die mit ihrem kulturellen Angebotsprofil einen eigenständigen Beitrag im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit leisten.

In Krefeld bestehen Jugendkunstschulen bei folgenden Trägern:

Werkhaus e. V.

Bürgerinitiative Rund um St. Josef.

Mit ihren kulturellen Kurs- und Projektangeboten haben beide Jugendkunstschulen insbesondere eine über den Sozialraum hinausgehende gesamtstädtische Bedeutung. Eine Stärkung auch der sozialräumlichen Bedeutung der Jugendkunstschulen wird angestrebt. Da beide Träger an ihrem jeweiligen Standort auch Träger jeweils einer Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind, soll darüber hinaus geprüft werden, unter welchen förderrechtlichen Voraussetzungen eine verstärkte Kooperation beider Angebotsformen sinnvoll und möglich ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei einer Enthaltung

Antrag zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 - 2014:

Ergänzung des Punktes 7:

Strukturelle Stärkung der Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit. Eine gegebenenfalls vorzunehmende Priorisierung der Auswahl von Einrichtungen erfolgt nach vom Jugendhilfeausschuss festzulegenden Kriterien.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei drei Gegenstimmen

Antrag zu 2.8 – Schwerpunkte und Prioritäten für 2010 - 2014:

Änderung des Punktes 9:

Die Leistungsvereinbarungen mit den Einrichtungsträgern, die derzeit deutlich geringere Förderungen erhalten, werden mit dem Ziel einer Anpassung an den Standard der sonstigen Leistungsvereinbarungen anderer Einrichtungen überprüft.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**TOP 7 - Mitmach-Bauernhof für Kinder „Mallewupp e. V.“
- Antrag auf unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe**

Vorlage Nr.: 0905/10

Herr Schmidt erklärt, dass der Mallewupp e. V. nach Einschätzung des KJR einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit leiste.

Beschluss:

Der Mitmachbauernhof für Kinder „Mallewupp e. V.“ wird ohne weitere Befristung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anerkannt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 8 - Rauschgiftkriminalität und Drogentote 2009 in Deutschland

Vorlage Nr.: 0983/09

Ratsherr Dr. Ruhland dankt der Verwaltung für die Vorlage und berichtet von den Gesprächen zur Situation auf dem Theaterplatz.

Frau Drees weist darauf hin, dass die dargestellten Werte kaum Schlussfolgerungen zuließen.

Bürgermeisterin Pilat erklärt, dass die Zahl der festgestellten Delikte mit der Anzahl des zur Ermittlung eingesetzten Personals korreliere.

Herr Wirtz ergänzt, dass die in den Totenscheinen aufgeführten Todesursachen nicht immer korrekt ermittelt seien, daher seien die Werte nicht verlässlich.

Fachbereichsleiter Ackermann fragt nach, wie hoch der Anteil der Jugendlichen an den Drogentoten in Krefeld sei.

Frau Paas erklärt, dass keine jugendlichen Drogentoten in Krefeld zu verzeichnen gewesen seien.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 9- Anfragen

Da sich keine Anfragen aus dem Kreis der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ergeben, schließt Frau Vorsitzende Oellers die Sitzung um 19:40 Uhr.

gez. Oellers

Vorsitzende

gez. Rossa

Schriftführer